

ÜBERSICHT**AUSSENPOLITIK****SOWJETUNION UND OSTEUROPA****(1) Beijing: Die Sowjetunion ist noch lange nicht am Ende!**

Obwohl Moskau mehrere Mühlsteine am Hals hat (Afghanistan, Kuba, Polen, Indochina, einige Länder in Afrika etc.), obwohl ferner das Entwicklungstempo der sowjetischen Volkswirtschaft sinkt und 1981 die zehnte Mißernte innerhalb der 17jährigen Breschnew-Ära stattgefunden und außerdem die Disproportionen zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren immer noch nicht abgebaut sind, verfügt die Sowjetunion nach wie vor über erhebliches wirtschaftliches und militärisches Potential. Ihr Nationaleinkommen stieg in den vergangenen zwanzig Jahren von 50 auf 67% des amerikanischen, der Wert der Industrieproduktion von 57 auf 80%. So hat die Sowjetunion bei der Herstellung von mehr als zwanzig wichtigen Produkten wie Eisen, Stahl, Erdöl, Kohle, Zement, Kunstdünger, Lokomotiven, Traktoren und Bauholz die USA überholt und ist darin also nun Weltspitzenreiter. Ferner ist die Sowjetunion auch militärisch stärker geworden. Bei 10 der 13 wichtigsten Kriterien für die Beurteilung des strategischen Kernwaffenpotentials ist die Sowjetunion den USA heute schon ebenbürtig oder sogar überlegen. Auch die bisherigen Getreidemisernten hat die Sowjetunion noch allemal verkraften können, da sie jedes Jahr 300 t Gold zu produzieren vermag. Außerdem hat die Sowjetunion die zweitgrößten Erdölvorräte der Welt und kann mit dem berechneten Energiepotential noch rund achtzig Jahre zurechtkommen. Trotz aller Schwierigkeiten gehe es also mit der Sowjetunion noch lange nicht bergab. Aus diesem Grund dürfe die übrige Welt nicht in ihrer Wachsamkeit nachlassen (XNA, 29.12.81).

Die chinesische Propaganda verwickelt sich hier allerdings in Widersprüche, da sie in anderen Berichten, wie beispielsweise bei der Analyse der Sowjetprobleme i.J. 1981 (XNA, 31.12.81), wieder eine Art Weltuntergangsstimmung an die Wand malt. Ähnlich spricht die Volkszeitung (RMRB, 30.1.82) von ernsthaften Wirtschaftskrisen der UdSSR.

-we-

AFRIKA UND NAHOST**(2) Okkupation und Widerstand in Afghanistan. Ermutigung und Waffen aus Beijing**

Im Berichtsjahr 1981 hat CHINA aktuell zweimal über die Haltung Chinas zum Afghanistan-Konflikt berichtet (C.a., April 1981, Ü 6, und Juli 1981, Ü 5).

Aus chinesischer Sicht haben sich die

Widerstandsaktionen der afghanischen Guerillas in gleichem Maße verstärkt, wie die "Grausamkeiten der Sowjetaggressoren" zugenommen haben. Nach chinesischer Schätzung sind bis Ende 1981 rund 400.000 Afghanen von der Sowjetarmee getötet und rund 20% der Bevölkerung, d.h. also etwa vier Millionen Menschen, zur Flucht nach Pakistan und in den Iran veranlaßt worden (XNA, 27.11.81). Die Sowjets betrieben eine "Politik der verbrannten Erde" (XNA, 21.11.81). Sie zerstörten afghanische Moscheen (XNA, 28.11.81), machten auf einem Streifen von je 150 m alle Dörfer, Felder und Obstaine entlang der Auffahrstraßen dem Erdboden gleich, so daß dort ein "Niemandland" entstehe (RMRB, 27.12.81), und zwängen immer mehr Afghanen, ihren Wehrdienst zu verlängern, ohne dabei allerdings Erfolg zu haben, da die zwölf Divisionen des Kabul-Regimes, die noch beim Einmarsch der Sowjets Ende 1979 80.000 Mann umfaßt hätten, nunmehr auf 25.000 Mann zusammengeschrumpft seien (BRU 1981, Nr.42, S.9). Allzu genau nehmen es die chinesischen Kommentatoren mit den Zahlen nicht, da sie einmal von 400.000, dann wieder von 500.000 getöteten Afghanen (XNA, 28.8.81) und einmal von vier, dann wieder von drei Millionen Vertriebenen sprechen. Immerhin: Die Zahl der Flüchtlinge geht in die Millionen und die Vorwürfe, daß von den Sowjets in den umkämpften Regionen oft ganze Dörfer ausgelöscht und die Einwohner wahllos niedergemacht würden, ist in den letzten drei Jahren auch durch westliche Augenzeugen oft genug bestätigt worden.

Trotzdem kämen die Sowjets offensichtlich militärisch nicht weiter. Von ursprünglich 80.000 Besatzern habe sich die Zahl der anwesenden Sowjetsoldaten inzwischen (Dezember 1981) auf 100.000 erhöht. Andererseits seien die Regierungstruppen von 80.000 auf 30.000 zurückgegangen (XNA, 29.12.81). Der afghanische Widerstand kontrolliert heute die ländlichen Gebiete, während die sowjetischen Truppen sich in Städten und militärischen Stützpunkten verschanzt haben. Angeblich dehnt sich der Krieg auch bereits von den Berggebieten auf die Ebenen und von den Dörfern in die Städte aus. Die Widerständler hätten erfolgreich Beamte und Offiziere der Sowjetunion und des Karmalregimes attackiert, militärische Installationen zerstört und Kasernen sowie Stützpunkte in wichtigen Städten, selbst in der Hauptstadt Kabul, angegriffen. Zu heftigen Kämpfen kam es auch in der zweitgrößten Stadt Afghanistans, in Kandahar. Die Aufstockung der Verbände sei nichts anderes als eine Antwort der Sowjets auf die Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses, wie sie sich nicht nur in dem zahlenmäßigen Rückgang der afghanischen Soldaten, sondern auch in deren sinkender Kampfmoral zeige (ebenda). Die Rebellen kontrollierten ganze Landstriche, veranstalteten eigene Pressekonferenzen in Afghanistan selbst (XNA, 21.12.81) und hätten sogar schon ein ganzes sowjetisches Bataillon auf einmal ausgeschaltet. Begleitet würden die militärischen Aktionen durch Massenproteste, z.B. am 7. September 1981 in Kabul.

Nicht nur innerhalb Afghanistans, sondern auch in der internationalen Arena hätten sich die antisowjetischen

Proteste in den letzten Monaten gemehrt. Sichtbarster Ausdruck dafür war die Abstimmungs-niederlage der Sowjetunion am 18. November 1981 vor der UNO. Für einen von 45 Nationen eingebrachten Antrag auf Rückzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan stimmten dabei 116 bei 23 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen. Gegenüber der 35. Generalversammlung ein Jahr vorher hatte sich die Stimmenzahl der Befürworter damit um 5 erhöht. Dies sei ein "schwerer Schlag für Moskau gewesen" (XNA, 20.11.81).

Schon vorher hatte die EG einen Vorschlag über die Einberufung einer internationalen Konferenz über die Afghanistan-Frage vorgebracht, und zwar am 5. Juli 1981 durch den Vorsitzenden des EG-Ministerrats, Lord Carrington. Die ASEAN-Staaten hatten sich diesem Vorschlag angeschlossen. Die Sowjetunion jedoch erwiderte, die Demarche sei "unrealistisch in ihrer gegenwärtigen Form". Statt dessen stellte sie sich hinter einen Vorschlag des Karmal-Regimes vom 14. Mai 1981, in dem gefordert wird, daß Iran und Pakistan mit Kabul verhandeln und eine "zuverlässige Garantie" dafür abgeben, daß sie "keine weitere bewaffnete Invasion nach Afghanistan" mehr vornähmen. Liege dieses Versprechen einmal vor, so würden die Sowjetunion und die Regierung in Kabul durch "Verhandlungen" einen Termin über den sowjetischen Truppenabzug festlegen.

Beijing hält diesem Vorschlag entgegen, daß er lediglich ein Versuch sei, das Karmal-Regime durch die Einbeziehung in Verhandlungen implizit zu legalisieren. Auf solche sowjetischen Vorstellungen dürfe man sich nie und nimmer einlassen. Vielmehr müsse an drei Grundprinzipien zur Lösung des Afghanistan-Problems festgehalten werden: sofortiger und bedingungsloser Abzug der Sowjettruppen entsprechend den diesbezüglichen UNO-Resolutionen, Eigenbestimmung des afghanischen Volkes, Wiederherstellung der Blockfreiheit Afghanistans (RMRB, 9.7.81). Also keine "regionale Friedenskonzferenz" etc., sondern Konsequenz in den "Drei Punkten"!

Die Volkszeitung (RMRB, 6.5.81) frohlockte auch über das "gerechte Urteil" gegen die Sowjetunion beim "Afghanistan-Tribunal" in Stockholm, das, mit 14 Völkerrechtsexperten aus 11 Ländern besetzt, nach dreitägiger öffentlicher Verhandlung am 5. Mai die Invasion und die Stationierung sowjetischer Truppen in Afghanistan als einen "Aggressionsakt und ein Verbrechen gegen den Weltfrieden" bezeichnete.

Beijing sieht die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan weiterhin als eine "schwere Bedrohung" der Nachbarstaaten an (RMRB, 21.11.81). In letzter Zeit vor allem seien Soldaten des Karmal-Regimes nach Pakistan eingedrungen und hätten dabei (am 16. und 17. November 1981) eine Frau getötet und zwölf Zivilisten verwundet (RMRB, 20.11.81). Was klein beginnt, könne groß enden. Außerdem entsende Kabul laufend Agenten, die in der Sowjetunion ausgebildet worden sind, in die benachbarten Länder (XNA,

4.12.81).

Beijing geht davon aus, daß die Sowjets täglich 3-4 Mio.US\$ für ihr militärisches Vorgehen in Afghanistan aufbringen und daß sie zusätzlich dem "Lakaienregime Karmal" 10-12 Mio.\$ täglich "als Schuß in den Arm geben" müßten, um dessen "zweifelhaftes Leben zu verlängern" (Radio Beijing in SWB, 27.8.81). Offensichtlich wollen die Chinesen darauf hinwirken, daß sich diese Summe in Zukunft noch erhöht, indem sie, wie die amerikanischen Fernsehdienste ABC und NBC melden, in Zusammenarbeit mit den USA die afghanischen Rebellen mit Waffen unterstützen. Im NBC-Fernsehen hatte der damalige ägyptische Präsident Sadat am 24.September ausgesagt, die USA kauften seit der sowjetischen Afghanistan-Invasion Ende 1979 in Ägypten Waffen sowjetischer Bauart für die islamischen Widersacher der kommunistischen Regierung. Die Aktion sei vom CIA koordiniert. Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien beteiligten sich an den Lieferungen. In die Freischärlerstützpunkte in Pakistan seien inzwischen Waffen im Werte von über 100 Mio.\$ geschafft worden. Die Regierung Reagan habe darüber hinaus eine Ausweitung dieser Lieferungen angeordnet. Einem ABC-Bericht zufolge handelt es sich bei den Waffen überwiegend um sowjetische Fabrikate, darunter Luftabwehrraketen des Typs SAM-7. Die Volksrepublik China habe den USA Flug- und Transitrouen für den Fall versprochen, daß die afghanisch-pakistanische Grenze geschlossen werde (wiedergegeben in SZ, 25.9.81). An der Hilfe für die afghanischen Rebellen beteiligen sich auch chinesische Muslims (XNA, 26.5.81).

-we-

(3) Eine Fortsetzung des irakisch-iranischen Kriegs nützt nur der Sowjetunion: politische und militärische Beurteilung des Kriegs, Lage im Iran

Die chinesische Presse hat den iranisch-irakischen Krieg vom ersten Tag an (XNA, 22.9.80) genau verfolgt, bedauernd kommentiert und die Beteiligten zur Einstellung der doch sinnlosen Kampfhandlungen aufgefordert. Schon am 23.September 1980 betonte Ministerpräsident Zhao Ziyang, daß der Streit zwischen den beiden Ländern sich doch am besten durch Konsultationen regeln ließe (XNA, 24.9.80).

In diesem Sinne kommentiert China das Geschehen am Golf auch noch zu Beginn des Jahres 1982: Der Krieg sei inzwischen 16 Monate alt, koste beide Seiten viele Menschenleben und fast alle Einnahmen aus den Ölverkäufen. Keine der beiden Seiten habe ein entscheidendes militärisches Übergewicht. Dem Iran mangle es zwar nicht an Rekruten, aber die Säuberungen in der Armee, vor allem in der Luftwaffe, führten zu ernststen Fehlbeständen bei den technischen Kräften und zu Engpässen in der Versorgung mit Ersatzteilen und Munition. Der Irak andererseits sei zwar waffenmäßig (Panzer und Kampfflugzeuge) wesentlich besser gestellt, könne aber mit seinen 8 Divisionen nicht die 900 km lange

Front kontrollieren und sich nirgends entscheidend durchsetzen.

Das Kriegsgeschehen sei sinnlos geworden. Überdies gebe es zwischen beiden Staaten keine "fundamentalen Konflikte". Beide seien "brüderliche Muslim-Staaten und beide gehören der Dritten Welt an". Es gebe überhaupt nur eine Lösung, nämlich die Versöhnung. Syrien und Kuwait hätten sich bereit erklärt, gemeinsam zwischen den Parteien zu vermitteln. Beide sollten sich dieses Angebot ernsthaft überlegen (RMRB, 5.1.82). Von den Auseinandersetzungen könnten nur die Supermächte, vor allem die Sowjetunion, profitieren (so schon Xinhua in einer längeren politischen und militärischen Beurteilung vom 23.9.81).

Was die innere Situation im Iran anbelangt, so neigt sich die Waage der chinesischen Sympathien immer mehr den Gegnern Khomeinis zu. Dies war schon deutlich, als er im Juni 1981 den früheren Präsidenten Bani-Sadr wegen "politischer Unfähigkeit" seines Amtes entheben ließ. Es gab damals zwei Fraktionen, nämlich die des inzwischen ermordeten Mohammad Beheshti und die des zwar mit Mehrheit vom Volk gewählt, aber anhängerschwachen Bani-Sadr. Letzterer habe eine offene Demokratie und eine Koalitionsregierung unter Einfluß von Vertretern der verschiedenen Kräfte befürwortet. Seine Gegner hätten demgegenüber eine "100%ig islamische" Staatsmacht gefordert. Bani-Sadr habe sich für wirtschaftlichen Aufbau entschieden, seine Gegner aber hätten die Revolution gewünscht und behauptet, daß der Islam nicht dazu da sei, "den Magen zu füllen" (die heutige chinesische Regierung kennt analoge "revolutionäre" Forderungen aus der Zeit der Kulturrevolution!). Bani-Sadr habe in seiner Außenpolitik mit den Ländern der Dritten Welt, Westeuropa und Japan zusammenarbeiten und die Spannungen zu den USA mindern wollen. Gleichzeitig habe er in der Sowjetunion eine ernsthafte Bedrohung gesehen. Seine Gegner vertraten demgegenüber die Meinung, daß der Iran beide Supermächte bekämpfen solle, daß aber die USA als Irans Feind Nr.1 zu betrachten seien (BRU 1981, Nr.26, S.7; XNA, 17.6. und 5.8.81).

Inzwischen liegt der "Hauptwiderspruch" innenpolitisch zwischen den herrschenden islamischen Sekten einerseits und den Mujahedeen Khalq. Letztere Organisation wurde i.J. 1965 gegründet, läßt sich auf eine Mitgliederzahl zwischen 50.000 und 100.000 schätzen und tritt politisch für die Errichtung einer nationalen, fortschrittlichen und demokratischen islamischen Regierung und für die freie Teilnahme aller Parteien am politischen Leben ein. Außenpolitisch soll der Iran sich weder an die USA noch an die Sowjetunion klammern. Die Mujahedeen Khalq hatten bereits gegen die Pahlewi-Monarchie gekämpft und dabei einen hohen Blutzoll entrichtet. Ihr gegenwärtiger Führer, Massoud Rajavi, ist der einzige Überlebende des 1971 gewählten Zentralkomitees. Nach der Februar-Revolution i.J. 1979 wurde die Organisation halblegal, bis Bani-Sadr am 20.Juni 1981 abtrat. Seitdem ist die Organisation nur noch im Untergrund ver-

treten und führt einen "Stadtguerillakrieg". Ihre Hauptdifferenz zu den herrschenden Fundamentalisten liegt darin, daß sie eine islamische demokratische Republik auf der Grundlage einer Allianz verschiedener Schichten errichten und nicht dem Land ein politisch-religiöses Regime wie das der Schiiten aufzwingen will. In dem inzwischen entbrannten Bürgerkrieg wurden bereits Tausende von Menschen ermordet, hingerichtet und verhaftet. Das Khomeini-Regime ist z.Zt. damit beschäftigt, einen Geheimdienst zu errichten - Maßnahmen, die an das alte Schah-Regime erinnern. Der Xinhua-Bericht, in dem diese Fakten wiedergegeben sind (XNA, 12.9.81), nimmt zwar nicht ausdrücklich Stellung, doch läßt sich zwischen den Zeilen sehr wohl eine Sympathie für die Mujahedeen herauslesen - verständlich angesichts der Befürchtung, daß immer mehr proso-wjetische Kommunisten das Khomeini-Regime unterwandern. Gemeint ist die inzwischen 30 Jahre alte Tudeh-Partei, die unter dem Schah verboten war, die aber seit der Revolution von 1979 wieder Ellenbogenfreiheit gewonnen hat. Tudeh-Mitglieder nehmen schon jetzt wichtige Positionen in der Khomeini-Verwaltung, in der Armee und im Klerus ein. In der berühmten Fezieh-Theologieschule in der heiligen Stadt Qum, in der Khomeini lebt, sollen nicht weniger als 60 als Geistliche verkleidete Tudeh-Mitglieder identifiziert worden sein. Angeblich gehen die Beziehungen zwischen Tudeh-Mitgliedern und den Mullahs zurück bis ins Jahr 1948. Schon damals soll es rund 100 Kommunisten in den Religionsschulen in Qum gegeben haben. Während der Schah-Zeit, als die Tudeh-Partei verboten war und die Geheimpolizei der Sawaq ihre Mitglieder jagte, fanden nicht wenige Kommunisten Unterschlupf in den Moscheen und Religionsschulen. Der entschlossene Kampf gegen das Schah-Regime und die effektive Unterstützung der Khomeini-Regierung mit nützlichen Hinweisen und Hilfestellungen haben der Tudeh weiteres Ansehen verschafft (Asiaweek, 6.11.81, S.22).

-we-

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER AUSSENPOLITIK

(4) Wie China die beiden Supermächte sieht: Konflikte und augenzwinkerndes Einverständnis

Obwohl es im Zusammenhang mit Polen und Afghanistan zu schwerwiegenden sowjetisch-amerikanischen Auseinandersetzungen gekommen ist, sind sich beide "Supermächte" darin einig, daß die in Jalta geschaffenen Einflusssphären erhalten bleiben müssen und daß die "bipolare Welt" weiterbesteht. Gerade die Ereignisse in Polen haben die Amerikaner erneut einsehen lassen, daß an der Zweiteilung kaum etwas zu ändern ist - auch wenn sie diese Erkenntnis mit fruchtlosen Protesten zu übertönen suchen (RMRB, 14.1.82). Jalta ist also eine der festen Konstanten im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander.

Auch bei den Verhandlungen über die Beschränkung der Kernwaffen in Eu-

ropa (KSZE), die am 30. November 1981 erneut in Genf aufgenommen wurden, sind sich beide im Grunde genommen darüber einig, daß nicht abgerüstet wird. Der im Dezember 1979 gefaßte "Doppelbeschuß" der NATO sieht zwar vor, daß ab 1983 in Westeuropa 572 Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles stationiert würden, falls die Sowjetunion sich nicht vorher zu einer Abrüstung bereiterklärte. Schon heute könne man freilich voraussagen, daß die Verhandlungen nichts anderes seien als ein Rauchschleier. Schon jetzt gibt es grundlegende Differenzen, nämlich in der Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Ost- und Westeuropa (besteht ein Gleichgewicht oder aber ein Übergewicht einer der beiden Seiten?), ferner über die Berechnungsweise der Waffenwirkung, des weiteren darüber, ob der gegenwärtige Waffenstand nur eingefroren oder aber, ob die vorhandenen Bestände reduziert werden sollen, und nicht zuletzt über "effektive Inspektionsmittel" (XNA, 13.1.82). Beide rechneten sich gegenseitig jeweils die Überlegenheit des anderen vor, so z.B. die USA in einem von US-Verteidigungsminister Weinberger eingeleiteten 99seitigen Buch mit dem Titel "Soviet Military Power", in dem festgestellt wird, daß die sowjetischen Bodeneinheiten inzwischen auf 180 Divisionen angewachsen seien und über 50.000 Panzer- sowie 20.000 Artillerie-Einheiten verfügten. Mehr als 5.200 Hubschrauber stünden zur Verfügung, ferner 3.500 Bomber und Jagdflugzeuge des Warschauer Pakts, des weiteren 250 mobile SS-20-Mittelstreckenabschußbasen, von denen aus jeweils Raketen mit drei Köpfen verschossen werden könnten. Zum strategischen Arsenal gehörten ferner 7.000 nukleare Sprengköpfe, 1.398 Interkontinentalraketen-Abschußrampen, 950 Kurzstreckenraketen-Rampen und 156 Langstreckenbomber. Ferner verfügten die Sowjets über 8 Klassen von Unterseebooten und 8 Klassen von Überwasserschiffen, die zum großen Teil auch nuklear bestückt seien (XNA, 28.9.81). Die Sowjetunion gebe 14% ihres BSP für Waffen aus (XNA, 30.9.81).

Über all diese Fragen werde zwar gesprochen, aber beide Seiten wüßten, daß am Ende doch nichts herauskomme.

-we-

INNENPOLITIK

(5) Ziele für 1982

Die Redaktion der "Roten Fahne" und der stellvertretende Parteivorsitzende Li Xiannan haben im Januar 1982 noch einmal die Aufgaben bzw. Ziele umrissen, die nach dem Willen der Parteiführung 1982 in Angriff genommen bzw. erreicht werden sollen (Hongqi, 1982, Nr.1, S.7-12; Li Xiannan, in: RMRB, 25.1.82, S.1; s.a. C.a., Dezember 1981, Ü 9):

1. Wirtschaftliche Ziele ("Aufbau einer materiellen Zivilisation des Sozialismus")

1.1. Realistisches Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung: für 1982 ist eine Steigerung des industriellen und

landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes um 4% geplant, angestrebt werden sollen jedoch 5% (vgl. C.a., Dezember 1981, Ü 9 und S.809).

1.2. Verbesserung der Produktenqualität.

1.3. Erhöhung der Effektivität (laut Hongqi von "zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsaufbau"). Dies gilt insbesondere für die Industrie, die nicht nur die Produktion, sondern auch die Gewinne steigern muß, da 90% der Staatseinnahmen aus der Industrie stammen.

1.4. Gleichgewicht zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben und Preisstabilität (laut Hongqi ein "vorrangiges Problem", das "größter Aufmerksamkeit" bedarf).

1.5. Angemessenes Verhältnis zwischen Konsumtion und Kapitalbildung für Investitionen in die Wirtschaft und in den kulturellen Sektor.

1.6. Hauptinstrument der chinesischen Wirtschaftspolitik bleibt die zentrale Planung, während marktwirtschaftliche Elemente nur als Ergänzung regulativ wirken sollen.

1.7. Die landwirtschaftliche Entwicklung soll wieder stärker der zentralen Planung unterworfen werden. Die Diversifikation der landwirtschaftlichen Produktion darf nicht zu einer Vernachlässigung der Getreideproduktion führen.

1.8. An der sozialistischen, kollektiven Organisation der Landwirtschaft muß festgehalten werden, d.h., am Gemeineigentum an Grund und Boden sowie an wichtigen Produktionsmitteln darf nicht gerüttelt werden, während die im Rahmen der Kollektivwirtschaft eingeführten Verantwortlichkeitssysteme über einen "längeren Zeitraum" hinweg (vgl. Hu Yaobang, nach: C.a., Ü 33) nicht verändert werden dürfen.

2. Politische Ziele ("Aufbau einer geistigen Zivilisation des Sozialismus")

2.1. Grundlegende Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der gesellschaftlichen Moral und - vor allem - des Arbeitsstils der Partei.

2.2. Verbesserung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten in den Gebieten nationaler Minderheiten (siehe hierzu C.a., Dezember 1981, Ü 22, und die Übersicht "Nach wie vor Nationalitätenprobleme in Xinjiang" in diesem Heft).

2.3. Schaffung einer öffentlichen Meinung zum Aufbau einer "geistigen Zivilisation des Sozialismus" und zur Wiederbelebung des "Geistes der revolutionären Kriegszeit".

2.4. Entfaltung von Aktivitäten zum sozialistischen Gemeinwohl, wie z.B. die Bewegung der "Fünf Gebote" und der "Vier guten Tugenden" (siehe C.a., Dezember 1981, Ü 12) oder die landesweite Baumpflanzaktion.

2.5. Ausrichtung und Stärkung der ländlichen Partei- und Regierungssorge an der Basis, um Auflösungserscheinungen entgegenzutreten.

2.6. Verbesserung der Arbeit der Disziplinierungskommissionen der Partei, der politischen Institutionen und der Justizorgane zur besseren Bekämpfung aller Arten von Kriminalität, insbesondere der Wirtschaftskriminalität, sowie Schmuggel und Schwarzmarktätigkeit.

2.7. Straffung der Administration durch Verringerung der Verwaltungsorgane und Personalabbau, um den Bürokratismus zu überwinden und die Arbeitseffizienz zu erhöhen. Die zentralen Organe sollen diese Verwaltungsreform bis Ende 1982 abgeschlossen haben, um so als Vorbild für die unteren Ebenen dienen zu können. Die vom Personalabbau betroffenen Funktionäre sollen entweder pensioniert oder in andere Organe bzw. Unternehmen versetzt werden.

Die Verwaltungsreform bzw. die Straffung der Administration sowie die Bekämpfung der vor allem unter den Funktionären grassierenden Wirtschaftskriminalität wurden vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Li Xiannan in seiner Rede am 24. Januar 1982 als die beiden wichtigsten Aufgaben auf dem politischen Sektor herausgestellt.

-sch-

(6) "Rote Fahne" warnt vor einer Rückkehr maoistischer Kräfte an die Macht

Das theoretische Organ des Zentralkomitees der KP Chinas, die "Rote Fahne" (Hongqi), veröffentlichte Mitte Januar unter der Rubrik "Ideologische Diskussionen" einen Artikel von Shi Jian über "Die fortschrittlichen Kräfte werden die dekadenten Kräfte auf jeden Fall besiegen", in dem der Autor auf die Gefahr einer Rückkehr von Anhängern der "Viererbande" an die Macht für den Fall hinweist, daß es nicht gelingen sollte, der dekadenten Amts- und Lebensführung einer Reihe von führenden Funktionären ein Ende zu setzen (Hongqi, 1982, Nr.2, S.11-12).

Zu Beginn seines Artikels beklagt der Autor, daß es innerhalb der KP Chinas immer noch eine "kleine Anzahl von ideologisch verwirrten Personen" gebe, die sich darüber sorgten, ob die "Viererbande" nicht doch wieder an die Macht kommen könne. Diese Besorgnis zeige eine mangelnde Zuversicht dieser Leute in die Fähigkeit der Partei, das Volk beim Aufbau der "Vier Modernisierungen" zu führen, sowie eine mangelnde Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung. Es sei das Gesetz der Geschichte, daß sich die fortschrittlichen Kräfte letztlich immer gegen die rückständigen, dekadenten Kräfte durchsetzen würden. Die Zerschlagung der "konterrevolutionären Clique der Viererbande" sei ein derartiger Sieg der Fortschrittlichen über die Rückständigen und Dekadenten gewesen. Allerdings sei es in der Geschichte auch vorgekommen, daß die Dekadenten ein politisches Comeback gefeiert hätten. Dies habe seinen Grund allein darin gehabt, daß die Leute an der Macht noch verborener gewesen seien als die bereits einmal gestürzten rückständigen Kräfte.